

BÜNDNIS FRANKFURT FÜR FRAUENRECHTE – AUFRUF ZUM WIDERSTAND GEGEN MAHNWACHEN BEI PRO FAMILIA

**FRANKFURT FÜR
FRAUEN
RECHTE**

Das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und auf eine ergebnisoffene, wohlwollende, kostenlose und anonyme Schwangerschaftskonfliktberatung für Frauen in Frankfurt muss uneingeschränkt sichergestellt sein.

Seit Aschermittwoch demonstrieren fundamentalistische Christ*innen, sogenannte Lebensschützerinnen von „40daysforlife“, unmittelbar vor der Beratungsstelle von pro familia in Frankfurt mit „Mahnwachen“ gegen das Recht von Frauen auf reproduktive Selbstbestimmung. Erklärtes Ziel der Demonstrierenden ist es, Abtreibungen in Frankfurt und in Deutschland insgesamt zu verhindern und die Mitarbeiter*innen der Beratungsstellen zu „bekehren“.

Doch nicht der Schutz des ungeborenen Lebens oder gar der schwangeren Frauen ist das Ziel der. Vielmehr werden ratsuchende Frauen mit Parolen, großen Fotos von Embryonen, mit lauten Gebeten und Gesängen und sogar mit aufgestellten kleinen Kindersarg-Attrappen drangsalieren, traumatisiert, gedemütigt und durch Spießbrutenlaufen bestraft.

Die Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland sind Ergebnis einer heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die mit der jetzigen Regelung befriedet werden konnte. Unabhängig davon, wie man dieses Ergebnis bewertet, handelt es sich dabei - einschließlich der Pflicht und des Rechts auf Schwangerschaftskonfliktberatung - um geltendes Recht. Und die Beratungsstellen sind im staatlichen Auftrag tätig.

Im 50. Jahr der 2. Frauenbewegung, die in Frankfurt ihre Wurzeln hat, wollen wir dem Treiben dieser rechtspopulistischen Gruppen nicht länger zusehen.

- Wir solidarisieren uns mit den ratsuchenden Frauen und den Mitarbeiter*innen der Beratungsstellen. Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein besonders wertvolles Gut unseres demokratischen Rechtsstaates. Das individuelle Recht der Frauen auf reproduktive Selbstbestimmung und Beratung ohne Drangsalierung jedoch ebenso.
- Wir erwarten, dass das Ordnungsamt der Stadt Frankfurt diese Rechtsgüter erneut abwägt und die Mahnwachen auf Plätze verweist, von denen aus es zu keinerlei Beeinträchtigungen des anonymen Zugangs zu Beratungseinrichtungen mehr kommen kann. Das Beratungsgesetz sieht ausdrücklich vor, dass es bei der Beratung keinerlei Beeinflussung von außen geben darf.
- Wir unterstützen pro familia dabei, mit rechtlichen Schritten gegen die Mahnwachen vorzugehen.

Machen Sie mit! Wir freuen uns über weitere Unterstützer*innen, die sich unserem breiten gesellschaftlichen Bündnis „Frankfurt für Frauenrechte“ anschließen. Wir wollen mit zahlreichen Aktionen klar machen: rechtspopulistische und frauenverachtende Gruppierungen haben in Frankfurt nichts zu suchen.

Frankfurt ist stark für Frauenrechte.

Bündnis Frankfurt für Frauenrechte, 1. März 2018